



Niederschrift

37. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.02.2012
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder CDU/ANW Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister DIE LINKE
Frau Olga Schummel DIE LINKE Teilnahme ab 17:45 Uhr
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE
Herr Volker Klamke SPD
Frau Hannelore Knoblich SPD
Frau Anke Michalske-Acioglu SPD
Herr Andreas Menzel Bündnis 90/Die Grünen
Herr Johannes Baron v. d. Osten
gen. Sacken FDP
Frau Ute Bankwitz BürgerBündnis Teilnahme ab 18:00 Uhr
Herr Arndt Sändig Die Andere

sachkundige Einwohner

Herr Florian Engels SPD
Frau Beate Kruczek FDP
Herr Sandro Szilleweit Die Andere
Herr Daniel Zeller Bündnis90/Die Grünen

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Herr Dietmar Weiberlenn FBL Bildung und Sport
Herr Torsten Gessner BL Sport
Frau Marion Schulz FB Bildung und Sport

Frau Dr. Roswitha Voigtländer	Volkshochschule
Frau Heike Lupuleak	Musikschule
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatl. Schulamt
Herr Bernd Richter	KIS
Herr Norbert Schweers	FB Kinder, Jugend u. Familie
Herr Thomas Liebe	UA Jugendhilfeplanung
Frau Anne Pichler	Stadtsportbund
Herr Dirk Albrecht	GB 2
Herr Sven Weber	FB Bildung und Sport
Frau Karen Pölk	SL Voltaire Gesamtschule
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten
Frau Steffi Pyanoe	PNN
Frau Claudia Krause	MAZ
Frau Anette Kühn	Paragraph 13 e. V.
Frau Borg	Paragraph 13 e. V.
Herr Steffen Lehmann	Paragraph 13 e. V.
Herr Franz Blaser	OV Groß Glienicke

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	nicht anwesend
Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	nicht anwesend
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	nicht anwesend

Schriftführer/in:

Frau Wildgrube, Gudrun

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Schulsozialarbeit
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0906
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte
- 4.2 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015
Vorlage: 11/SVV/0948
SB Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte
- 4.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte
- 4.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949
KIS
alle Ortsbeiräte
- 4.5 Zügigkeit an der Voltaire Gesamtschule (9)
Vorlage: 11/SVV/0987
FB Bildung und Sport
- 4.6 Überarbeitung der Preisliste städtischer Bäder
Vorlage: 11/SVV/0863
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.7 Anpassung der Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0038
Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten
- 4.8 Neubau einer Skaterhalle
Vorlage: 12/SVV/0036
Fraktion Die Andere
(ff)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information über die Inanspruchnahme der Mittel aus dem Schulsozialfonds
- 5.2 Sachstand Sportplatz Hans-Sachs-Straße
- 5.3 Sachstand zur Umsetzung Sport- und Freizeitflächen "NowaWiese"
- 5.4 Sachstand zum Sportplatz Groß Glienicke
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Herr Schröder stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest und fragt, ob es Änderungswünsche zur ausgereichten Tagesordnung gibt.

Herr Menzel verweist auf den Entwurf zur Änderung der Verwaltungsvorschrift Unterrichtsorganisation. Er möchte unter TOP Sonstiges die Auswirkungen auf die Potsdamer Schulen erläutert haben.

Herr Schröder bittet um Abstimmung der vorliegenden Anträge auf Rederecht. Zu TOP 3 soll Herr Liebe, Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und zu TOP 4.5 Frau Pölk, Schulleiterin der Voltaire Gesamtschule, Rederecht erhalten.

Die Ausschussmitglieder stimmen den Rederechten zu und sind mit der Tagesordnung einverstanden. Der Niederschrift der Sitzung vom 17.01.2012 wird zugestimmt.

Herr Schröder verweist darauf, dass Frau Dr. Orlowski ihr Mandat niedergelegt hat. Damit ist der Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden neu zu wählen. Er schlägt vor, dies in der nächsten Sitzung zu tun. Bewerbungen können an ihn herangetragen werden.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 17.01.2012 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 3 Schulsozialarbeit

Herr Liebe erläutert, dass der Jugendhilfeausschuss den Auftrag hatte, über die Evaluation der Schulsozialarbeit zu beraten. Zu den vorgestellten Ergebnissen gab es divergierende Positionen zwischen den Schulen und der Jugendhilfe. Insofern habe der Jugendhilfeausschuss den Unterausschuss Jugendhilfeplanung beauftragt, einen Verfahrensvorschlag zur weiteren Entwicklung des Systems Schulsozialarbeit an Schulen in Potsdam zu entwickeln. Dieser Vorschlag wurde im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und soll heute im Ausschuss für Bildung und Sport zur Kenntnis gegeben werden. Der Vorschlag beinhaltet die Idee, sich in drei Schritten damit zu befassen, wie Schulsozialarbeit weiterentwickelt wird. Ende April 2012 ist je ein Workshop vorgesehen, wofür die Federführung beim Staatlichen Schulamt und beim Jugendamt liegen soll. Der Fachbereich Kinder Jugend und Familie sowie der Fachbereich Bildung und Sport sollen Vertreter für die Teilnahme benennen. Für die externe, kostenfreie Moderierung habe man eine Zusage von kobra.net. Im Ergebnis des Workshops solle eine legitimierte Position vorliegen, die in einem Fachgespräch Ende Mai 2012, durch legitimierte Vertreter des Jugendhilfe- und Bildungsausschusses beraten wird. Nach der Sommerpause ist ein gemeinsamer Ausschuss Bildung und Jugend angedacht, in dem die Ergebnisse präsentiert werden. Anschließend wird die Verwaltung mit der Erarbeitung einer

Beschlussvorlage beauftragt. Er bittet darum, dass im 1. Schritt die Teilnehmer für den 2. Schritt legitimiert werden.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass das Verfahren abgestimmt sei. Es gebe jedoch die Frage, wie Schüler und Eltern involviert werden.

Herr Liebe informiert, dass man den Kreiselternrat und den Kreisschülerrat einbeziehen werde.

Herr Dörnbrack möchte wissen, wer bestimmt, welche Vertreter im 2. Schritt teilnehmen.

Herr Liebe erklärt, dass diese im 1. Schritt legitimiert werden sollen. Die Einladung soll durch die Verwaltung erfolgen. Es werde empfohlen, dass Vertreter aus allen Schulformen, mit und ohne Sozialarbeiter eingeladen werden. Es könne jedoch niemand verpflichtet werden. Es solle sich auf Akteure begrenzen, die ihr Engagement einbringen wollen.

Herr Menzel hätte den Vorschlag gern in Schriftform, um ihn in der Fraktion beraten zu können. Er wünsche sich an jeder Schule einen Sozialarbeiter und habe seine Bedenken zu dem Vorgestellten.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass Schulsozialarbeit auch ein Kostenfaktor sei. Man könne die Ergebnisse einer Evaluation nicht zur Seite schieben. Das vorgeschlagene Verfahren sei eine Möglichkeit, ein Modell zu entwickeln

Herr Liebe teilt den Verfahrensvorschlag in Schriftform an die Ausschussmitglieder aus.

Herr Schröder erklärt, dass dies Informationen zum laufenden Verfahren seien. Ziel der Workshops sei es auszuloten, wie es mit Schulsozialarbeit weitergehe. Heute nehme der Ausschuss die Informationen zur Kenntnis.

Herr Engels möchte wissen, wer die teilnehmenden Schulen und Ausschussmitglieder benennt, oder ob alle teilnehmen.

Herr Wollenberg findet es grundsätzlich richtig, die Debatte nochmal aufzugreifen. Man sollte Möglichkeiten finden, die Fraktionen an der Diskussion zu beteiligen.

Herr Schweers erklärt, dass sich im Jugendhilfeausschuss die Parteien sicher beteiligen werden. Man sei sich einig, dass man zu Verbesserungen kommen müsse. Die Firma, welche mit der Untersuchung beauftragt war, hat im Ergebnis einen Entscheidungskorridor genannt. Es gebe jetzt ca. 14 bis 17 weitere Schulen, die Schulsozialarbeit wollen. Allerdings stehen nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung. Insofern war im Entscheidungskorridor auch Poolbildung benannt.

Frau Knoblich hält es nicht für richtig, dass die Federführung im 1. Schritt beim Staatlichen Schulamt liegen soll. Hier sollte der Schulträger ein wesentliches Wort mitzureden haben.

Herr Schweers erklärt, dass das Staatliche Schulamt für die personelle Ausstattung zuständig sei. Der Fachbereich Bildung und Sport sei ebenfalls beteiligt.

Herr Schröder bittet darum, in den Fraktionen zu klären, wer für die Fraktion benannt werden soll.

Herr Menzel möchte wissen, wie viele Mittel man aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalte und wie viele Schulsozialarbeiter man davon bezahlen könne.

Herr Schweers antwortet, dass man insgesamt für zwei Jahre 1,2 Mio. Euro (2012: 613.000 Euro und 2013: 613.000 Euro) zur Verfügung habe. Man wolle nicht Sozialarbeiter einstellen und diese nach zwei Jahren wieder entlassen, sondern Mittel als Projektmittel ausreichen. Dies sei mit Frau Müller-Preinesberger und dem Jugendhilfeausschuss abgestimmt. Es liegen interessante Projektvorschläge vor. Die bewilligten Projekte werden am 23.02.2012 im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Herr Engels fragt, bis wann sich die Fraktionen verständigen sollen.

Die Ausschusmitglieder verständigen sich dazu, in der Sitzung am 27.03.2012 seitens der Fraktionen zu benennen, wer an der Erarbeitung eines gemeinsamen Vorschlages zur Entwicklung der Schulsozialarbeit an Schulen mitarbeitet.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012**

Vorlage: 11/SVV/0906

Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

Zu den Teilhaushalten der Musikschule und der Volkshochschule gibt es keine Änderungswünsche der Verwaltung.

Diskussionsbedarf besteht bezüglich des Wegfalls der Hauptstadtmittel für den Sport.

Herr Schröder verweist auf den defizitären Haushalt und darauf, dass man ein Haushaltssicherungskonzept zu beachten habe. Er fragt nach Änderungswünschen. Seit gestern liege die Änderungsliste der Verwaltung vor. Die Beschlussfassung zum Haushalt 2012 sei für April vorgesehen, so dass noch die Möglichkeit bestehe, in den Fraktionen zu beraten.

Herr Menzel sieht in Bezug auf freiwillige und pflichtige Aufgaben bei Schulen keinen Handlungsbedarf. Wenn man Konsolidierung wolle, müsse man bei Sport reagieren.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass der Sport für die Stadt ein wichtiges Fundament sei und man nur geringe Mittel zur Verfügung habe. Die meisten Mittel seien durch Mieten und Betriebskosten für Sportanlagen und Satzungen, welche die Stadtverordneten beschlossen haben, gebunden. Der Bedarf steige unerheblich, weil es mehr Mitglieder in den Vereinen gebe, was auch gewollt war.

Herr Menzel möchte wissen wo die 3.8 Mio. Euro konkret einfließen und wo die 4,0 Mio. Euro für den Luftschiffhafen zu finden sind.

Herr Gessner verweist auf die jährlichen Sportförderberichte, in denen die Kostenstruktur für den Sport ausführlich dargestellt sei.

Herr Schröder erklärt, dass die Haushaltssatzung statt 200.000 Euro für sog. Hauptstadtförderung nur 154.000 Euro vorsehe und bittet darum, die vorliegende Beschlussvorlage abzustimmen.

Frau Dr. Magdowski ergänzt, dass man dafür einen Deckungsvorschlag unterbreitet habe.

Herr von der Osten-Sacken verweist darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlossen habe, dass sich der Oberbürgermeister dazu u.a. mit der Landesregierung ins Benehmen setzen sollte, um nachzuverhandeln.

Herr Wollenberg stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, in der nächsten Sitzung eine 2. Lesung zu machen und gegebenenfalls Änderungswünsche zu behandeln.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stellt die Behandlung der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 bis zur Sitzung am 27.03.2012 zurück.

zu 4.2 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Vorlage: 11/SVV/0948

SB Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

Herr Schröder lässt das Haushaltssicherungskonzept 2012-2015 abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5	
Ablehnung:	1	
Stimmenthaltung:	4	Der Beschlussvorlage wird zugestimmt.

zu 4.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

Herr Schröder lässt den Eckwertebeschluss abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Eckwertebeschluss des Haushaltsjahres

2013 in der vorliegenden Form zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2 Der Beschlussvorlage wird zugestimmt.

**zu 4.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949**

KIS

alle Ortsbeiräte

Herr Menzel fragt, weshalb für das Museum 300.000 Euro aus dem Bereich Schule eingesetzt wurden.

Frau Dr. Magdowski begründet, dass dies eine einmalige Sache sei und man ein Museum nicht ohne Ausstattung lassen könne.

Herr Richter ergänzt, dass der KIS gefragt wurde, ob man durch Verschiebung von Mitteln Gelder für das Projekt Ausstattung des Museums erhalten könne. Man fand Mittel bei der Rosa-Luxemburg-Schule. Der Betrag werde 2014 wieder zurückgeführt. Natürlich stehen 2014 dann entsprechend weniger Mittel für die Sparte Bildung zur Verfügung.

Frau Bankwitz erinnert an einen Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung, wonach Projekte finanziell abgesichert sein sollen. Sie müsse jedoch immer wieder feststellen, dass dieser nicht eingehalten werde. Wenn man ein Museum plane, müsse man wissen, dass die Ausstattung dazu gehöre.

Frau Dr. Magdowski erwidert, sie sei mit Projekten Museum und Luftschiffhafen konfrontiert worden, als diese schon beschlossen waren. Hier hatte sie eine Entscheidung zu treffen. Noch unzulässiger sei es, ein beschlossenes Museum nicht zu eröffnen, weil kein Geld für die Ausstattung da ist. Sie sei dafür, weniger, aber das komplett fertig zu machen und nicht alles anzufangen.

Frau Knoblich meint, die Diskussion sollte so nicht geführt werden. Sie fragt nach, ob der Wirtschaftsplan KIS schon im Werksausschuss beschlossen wurde.

Herr Richter teilt mit, dass der Werksausschuss einstimmig zugestimmt habe.

Herr Schröder meint, dass sich beim Thema Haushaltsklarheit etwas ändern müsse.

Herr Wollenberg verweist auf den Investitionsstau bei Schulen und einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Insofern werde man der Idee Deckungsquelle nicht zustimmen.

Herr Schröder bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2012 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 4

Der Beschlussvorlage wird zugestimmt.

zu 4.5 Zügigkeit an der Voltaire Gesamtschule (9)**Vorlage: 11/SVV/0987**

FB Bildung und Sport

Frau Pölk, spricht für die Interessen der Voltaire-Gesamtschule. Sie bittet die Problematik Mensa und Turnhalle zu beachten. Man habe inzwischen Klassen ohne eigenen Klassenraum, den Konferenzraum als Unterrichtsraum umfunktioniert und im Lehrerzimmer sei es eng. Als Ganztagschule müsse man auch Erholungsräume für die Schüler zur Verfügung stellen. Momentan lernen 925 Schüler an der Voltaire-Gesamtschule. Nach jetzigem Stand wären es im August 2012 bei 4-Zügigkeit 962 Schüler. Eine weitere Klasse mehr schaffe noch mehr Probleme und bringe die Schule an die 1.000-Schüler-Grenze.

Herr von der Osten-Sacken möchte wissen, woher der Schülerzuwachs komme.

Frau Pölk erklärt, dass die LuBK hochwachse und man in der gymnasialen Oberstufe einen Kooperationsvertrag mit der Montessori-Oberschule habe. Außerdem gebe es einen Zulauf von Gymnasialschülern.

Herr Weiberlenn erklärt, dass man die Entwicklung der Schülerzahlen aus gesamtstädtischer Sicht betrachtet habe. 2012 seien für den Übergang in Klasse 7 nicht mehr Schüler zu erwarten als 2011. Erst 2014 werde wieder ein Anstieg erwartet. Insofern seien nicht mehr Klassen als 2011 zu bilden, wenn die Gesamtschule in der Haeckelstraße einen Zug mehr aufnimmt. Die Raumprobleme an der Voltaire-Gesamtschule gebe es. In Potsdam sollte insgesamt wieder eine Ausgeglichenheit hergestellt werden. So ist zum Beispiel die Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule nur 2-zügig und könnte 3-zügig in der Sek II werden.

Frau Knoblich spricht sich für eine 4-Zügigkeit aus, da dies den Vorstellungen der Schule entspreche.

Herr Menzel verweist auf den gültigen Schulentwicklungsplan, wonach 1.080 Kinder ausgewiesen werden. Die Schule sollte darüber nachdenken, ob sie zu viele Projekte anbiete und dadurch eine hohe Nachfrage habe, z. B. LuBK.

Frau Pölk erklärt, dass die Schüler der Gesamtschule in der Heackelstraße aus der Voltaire-Schule kommen. Wenn diese Schule ein eigenständiges Schulgebäude hat, wird sich die Anwahl der Voltaire-Schule ändern, da man ähnliche Konzepte habe.

Frau Dr. Magdowski gibt Herrn Menzel grundsätzlich Recht. LuBK heißt, dass man sich einem System anschließe, wo der Übergang in die weiterführende Schule nach Klasse 4 erfolgt. Das gebe es im Land Brandenburg 15 mal und es dürfen keine weiteren Klassen gebildet werden. Man sollte das System durchlässiger gestalten.

Herr Dörnbrack meint, LuBK sollte an dieser Stelle kein Diskussionsgegenstand

sein.

Herr Engels bittet darum, sich auf den konkreten Antrag zu beziehen.

Herr Wollenberg spricht sich im Sinne einer gesamtstädtischen Betrachtung dafür aus, die Sek I und Sek II getrennt zu betrachten. Wenn die Gesamtschule in der Haeckelstraße 4-zügig aufwächst, bleibe ein Überhang von 2 bis 2 ½ Klassen. Außerdem war man sich einig, dass der Elternwunsch Priorität hat. Unter dem Gesichtspunkt den Elternwunsch zu erfüllen, könne er einer 4-Zügigkeit in der Sek I nicht zustimmen. Er stellt den **Geschäftsordnungsantrag** zu Sek I und Sek II getrennt abzustimmen.

Herr von der Osten-Sacken spricht sich dafür aus, dass man den Elternwunsch in der Sek I unbedingt berücksichtigen sollte.

Frau Bankwitz bittet Frau Frevert um ihre Meinung.

Frau Frevert spricht sich dafür aus, in den nächsten Jahren die Zügigkeit der Sek II nicht zu verringern, da sich die Schüler der Goethe-Gesamtschule an einer anderen Schule einen Platz in Klasse 11 suchen müssen.

Herr Weiberlenn informiert, dass man den Übergang von Klasse 10 nach 11 für Potsdam betrachtet habe. An der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule seien Kapazitäten vorhanden.

Herr Schröder lässt den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wollenberg abstimmen.

Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 1

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen.

Herr Schröder lässt über die Zügigkeit in der Sek I und Sek II getrennt abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Zügigkeit der Voltaire-Gesamtschule (9) wird wie folgt festgelegt:
Sek I : ~~4 Züge befristet für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014~~
Sek II : 4 Züge

Bei der Aufnahme in die Sekundarstufe II sind vorrangig Schülerinnen und Schüler der Voltaire-Gesamtschule (9) zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis zur Sek I:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 1

Teil 1 des Antrages wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zur Sek II:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1 Teil 2 des Antrages wird zugestimmt.

Der Beschlussvorlage wird geändert beschlossen.

zu 4.6 Überarbeitung der Preisliste städtischer Bäder

Vorlage: 11/SVV/0863

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Menzel bittet um Vertagung in die nächste Sitzung.

Der Antrag wird durch den Antragsteller zurückgestellt.

zu 4.7 Anpassung der Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0038

Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten

Herr von der Osten-Sacken bringt den Antrag ein. Die Situation des Umgangs mit Fördermitteln für Sportvereine erscheint bearbeitungsbedürftig, besonders was den Breitensport angehe.

Frau Dr. Magdowski verliert die vorliegende Stellungnahme des Rechtsamtes. Danach sei dem Antrag nicht zuzustimmen und es bedarf keiner Überarbeitung der Sportfördersatzung.

Herr von der Osten-Sacken erklärt, dass er nicht die Sponsoringregeln in der Sportfördersatzung haben wollte, sondern eine Änderung der Sportfördersatzung beabsichtigt sei. Der Antrag sei missverständlich formuliert.

Frau Bankwitz erklärt, dass das Verlesen einer Stellungnahme des Rechtsamtes das Anliegen nicht weiterbringe.

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgestellt.

zu 4.8 Neubau einer Skaterhalle

Vorlage: 12/SVV/0036

Fraktion Die Andere

(ff)

Herr Sändig möchte den Antrag wie folgt konkretisieren:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mögliche für einen Umbau zur Skaterhalle geeignete Bestandsgebäude und deren Umbaukosten zu prüfen. Das Ergebnis ist den Stadtverordneten im September 2012 zur Kenntnis zu geben.

Herr Sändig erklärt, es gehe nicht um den Bau einer neuen Skaterhalle, sondern darum, ein geeignetes Gebäude in gut erreichbarer Standortlage umzubauen.

Herr Schröder empfiehlt den ersten Satz des Ursprungsantrages zu streichen, dann wäre es ein Prüfauftrag.

Herr Sändig hätte gern ein allgemeines Bekenntnis zur Skaterhalle.

Herr Engels fragt, ob es eine kommunale Aufgabe sei, eine Skaterhalle zu bauen.

Herr Szilleweit erklärt, dass die Skateranlage eine Sportanlage sei, die auch von den Streetworkern unterstützt werde. Das ursprüngliche Gebäude war nicht mehr geeignet. Dafür suche man jetzt Ersatz.

Herr Menzel hält Skaten für wichtig, wie Fußball oder Handball zu spielen. Man sollte den Satz so lassen und den Oberbürgermeister bitten, den Skatern wieder ein Gebäude zur Verfügung zu stellen.

Herr Schröder zeigt für den Verlust der Halle Verständnis. Er habe jedoch ein Problem damit, sich für den Neubau einer Halle einzusetzen ohne zu wissen, woher die finanziellen Mittel kommen.

Herr Richter erklärt, dass man in der mittelfristigen Planung bis 2015 im Bereich Bildung noch riesige Aufgaben vor sich habe. Er finde es nicht richtig, die Verwaltung mit Prüfaufträgen zu beschäftigen. Das Projekt Skaterhalle sei vor 2018 unwahrscheinlich.

Frau Bankwitz unterstützt einen Prüfauftrag bezüglich geeigneter Standorte und Kosten. Bevor sie eine Entscheidung treffe, möchte sie wissen, worauf sie sich einlasse, z. B. Betriebskosten.

Herr Schröder schlägt vor, den ersten Satz des Antrages zu streichen und den Antrag abzustimmen.

Der Antragsteller folgt dem Vorschlag Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, das Ergebnis in der Stadtverordnetenversammlung September 2012 vorzulegen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

~~Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Bau einer neuen Skaterhalle in gut erreichbarer Stadtlage aus.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mögliche Standorte und Kosten für eine Skaterhalle in einfacher Ausführung zu prüfen.

Das Ergebnis ist den Stadtverordneten im ~~Mai~~ **September** 2012 zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

Der Antrag wird geändert beschlossen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Information über die Inanspruchnahme der Mittel aus dem Schulsozialfonds

Herr Weiberlenn informiert, dass für das Haushaltsjahr 2011 vom Fachbereich Bildung und Sport für insgesamt 1.575 Schüler der Sozialfonds beim MBS beantragt wurde. Dabei handelt es sich um die Anzahl der nach der Lernmittelverordnung vom Eigenanteil befreiten Schüler. Gemäß Festsetzungsbescheid des MBS vom 14.01.2011 erhielt die Landeshauptstadt Potsdam für die gemeldete Schülerzahl von 1.575 einen Förderbetrag für 2011 i.H.v. 142.537,50 Euro. Dieser Betrag wurde seitens des Fachbereiches entsprechend den konkreten Schülerzahlen den einzelnen Schulen zugeteilt. Das sind 90,50 Euro pro Schüler. Gemäß den Richtlinien des MBS über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Sozialfonds ist der Verwendungsnachweis für 2011 gegenüber dem MBS zum 31.03.2012 zu erstellen. Die einzelnen Abrechnungen der Schulen an den Fachbereich Bildung und Sport sind zum 16.03.2012 abgefordert. Insofern sind zum Stand der Inanspruchnahme 2011 derzeit noch keine detaillierten Zahlenangaben möglich. Die neue Richtlinie für 2012 sei angekündigt.

zu 5.2 Sachstand Sportplatz Hans-Sachs-Straße

Herr Richter informiert, dass die Gespräche mit der Wohnungsgenossenschaft bezüglich des Wegerechtes noch nicht zum Abschluss gekommen seien. Es gebe allerdings Signale zur Einigungsbereitschaft.

Herr Sändig möchte wissen, was für Angebote es seitens der Wohnungsgenossenschaft gebe.

Herr Richter erklärt, dass die Genossenschaft ihre Bedingungen nennen sollte.

Herr Zeller stellt fest, dass die geplante Sanierung in diesem Jahr nicht stattfinden könne und bittet, am Ball zu bleiben, um in diesem Jahr Zeichen für die Erschließung zu setzen.

Herr Sändig fragt, ob es Sinn mache, einen Vertreter der Wohnungsgenossenschaft in den Bildungsausschuss einzuladen.

Herr Richter rät aus verwaltungstaktischen Gründen davon ab, Grundstücksangelegenheiten im Ausschuss zu behandeln und schlägt vor, dass der Ausschuss einen Brief verfassen könnte.

Frau Dr. Magdowski greift den Vorschlag auf, im Auftrag des Ausschusses einen Brief an die Wohnungsgenossenschaft zu schreiben und über die Antwort im Bildungsausschuss zu berichten.

zu 5.3 Sachstand zur Umsetzung Sport- und Freizeitflächen "NowaWiese"

Frau Dr. Magdowski informiert, dass im Rahmen der Bearbeitung der Bauvoranfrage unter Beteiligung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten eine Simulation mit Toren, Ballfangnetzen, Umzäunung etc. durchgeführt wurde. Im Ergebnis wurde der KIS im Rahmen der weiteren Bearbeitung des Antrages auf Vorbescheid von der städtischen Bauaufsicht gebeten, eine weitere Planvariante, in der das Spielfeld näher an der Schnellstraße positioniert wird und die Containeranlage durch Bestandsbüsche/-Bäume abgedeckt wird, zu erarbeiten und die Ansichten des Platzes mit den zukünftigen Planungen der Gestaltung der Schnellstraße, einschließlich Lärmschutzanlagen zu ergänzen.

Diese ergänzenden Planzeichnungen befinden sich derzeit noch in der Bearbeitung durch den beauftragten Architekten.

Sie habe sich erlaubt Professor Grigoleit von der Hochschule in Dortmund zu bitten, die Schnittstelle -Denkmalschutz/Weltkulturerbe/Vorhalten von Sportstätten durch die Stadt- mit seinen Studenten zu beleuchten.

Es schließen sich Nachfragen von Herrn Menzel an, die Herr Richter beantwortet.

Herr Richter unterbreitet das Angebot, weitere Fragen gern bilateral zu beantworten. Verwaltungsintern sei das Verfahren abgestimmt und werde als relativ erfolgreich eingeschätzt.

zu 5.4 Sachstand zum Sportplatz Groß Glienicke

Herr Richter informiert, dass per Gerichtsbeschluss Auflagen zu Nutzungszeiten und Nutzungsarten abzusichern seien. Dazu habe sich der KIS mit dem Ortsbeirat und dem Fachbereich Bildung und Sport abgestimmt. Mit den auferlegten Bedingungen müsse man leben. Der Verein setze die Auflagen um und man hoffe keine Verschlechterung der Situation zu bekommen.

Herr Menzel erklärt, die Idee war, das Kleinspielfeld für öffentlichen Sport zur Verfügung zu stellen. Die freie Nutzungsmöglichkeit dürfe nicht so stark eingeschränkt sein.

Herr Richter erklärt, dass die Öffnungszeiten so geregelt seien, dass der Sportplatz öffentlich genutzt werden kann, wenn er nicht durch den Verein genutzt wird.

zu 6 Sonstiges

Herr Menzel möchte vom Staatlichen Schulamt eine Information zu den Auswirkungen der neuen Verwaltungsvorschrift zur Unterrichtsorganisation, weil Schulleiter und die GEW Bedenken geäußert haben.

Herr Dörnbrack erklärt, dass es die Stellenzuweisung vom MBS an das Staatliche Schulamt gibt. Im Entwurf der VV Unterrichtsorganisation sei eine Empfehlung an das Schulamt enthalten, wie einzelne Schulen auszustatten seien. Das Staatliche Schulamt könne nur ausstatten, was es an Stellenzuweisung bekomme.

Herr Menzel habe die Information, dass weiterführende Schulen weniger Stellenzuweisungen als Grundschulen erhalten sollen.

Herr Dörnbrack kann das nicht bestätigen. Er verweist darauf, dass es eine Pflichtausstattung gebe.

Michael Schröder
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Schriftführerin

